

Hochschulautonomie sichern, Hochschulfinanzen stärken

Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat in den letzten Jahren eine intensive Debatte über die Finanzierung der Hochschulen erlebt. Ursache ist eine seit Jahren fortgeschriebene Unterfinanzierung von Wissenschaft und Forschung im Land. Personalabbau und Fächerschließungen waren und sind immer noch eine Folge dieser verfehlten Hochschulpolitik der rot-schwarzen Landesregierung.

Unterfinanzierung ist Folge einer seit Jahren verfehlten Sparpolitik

Im Jahr 2013 meldeten die Hochschulen ein jährliches Defizit von fast 30 Millionen Euro an. Die Landesregierung wollte diese offensichtlichen Haushaltslöcher allerdings nicht anerkennen. Stattdessen nutzen SPD und CDU fast zwei Jahre später die Gunst der Stunde, um zusätzliche Mittel des Bundes zur Verringerung einer Unterfinanzierung zu missbrauchen, die die Landesregierung selbst verschuldet hat. Dafür sind diese Bundesmittel aber nicht gedacht.

BAföG-Mittel entlasten nicht die Hochschulen, sondern das Land

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprechen sich dagegen aus, dass die BAföG-Mittel zum Stopfen der Haushaltslöcher genutzt werden. Der Bund hatte den Landesanteil am BAföG übernommen. Im Gegenzug sollten die Länder die freiwerdenden Mittel in zusätzliche Bildungsausgaben investieren. Stattdessen finanziert das Land damit Aufgaben, zu denen es ohnehin verpflichtet wäre, auch wenn es keine BAföG-Mittel vom Bund gegeben hätte. Hierzu gehören etwa die Ausgaben für die Pensionslasten der Hochschulen, zusätzliche Stellen im Bildungsministerium, die Erhöhung des Ausfinanzierungsgrades des Stellenplans, der Bauunterhalt an den Hochschulen sowie die aufgrund eines Gerichtsurteils notwendige Erhöhung der Besoldung der Professorinnen und Professoren. Von den etwa 20 Millionen Euro BAföG-Mitteln entfallen alleine fast 13 Millionen Euro auf diese vernachlässigten Landesausgaben. Das heißt, dass rund zwei Drittel der Bundesmittel nicht dort ankommen, wo sie eigentlich ankommen sollten: Bei der nachhaltigen und zusätzlichen Stärkung unserer Hochschulen im bundesweiten und internationalen Wettbewerb.

Große Koalition muss Pflichtaufgaben des Landes auskömmlich finanzieren

Die Landesregierung zieht sich aus der Verantwortung, die eigenen Pflichtaufgaben vernünftig zu finanzieren. Die rot-schwarze Landesregierung investiert nicht einen einzigen zusätzlichen „Landes-Euro“ in die Hochschulen. Aber nur dann könnten die BAföG-Mittel dafür eingesetzt werden, wofür sie eigentlich gedacht sind: als zusätzliche Investition in die Stärkung unserer Hochschulen. Die jetzt von der Landesregierung aufgezwungene Lösung ist nur eine weitere Mogelpackung. Dass die Frage einer angemessenen Finanzierung der Hochschulen im Land noch nicht gelöst ist, zeigen auch die Versuche an der Universität Rostock, eine Verwaltungsgebühr für Studierende einzuführen. Diese wäre bei einer ausreichenden Finanzierung nicht notwendig. Verwaltungsgebühren sind nichts anderes als der Versuch, Studiengebühren durch die Hintertür einzuführen. Das lehnen wir ab!

Zahl der Studienabbrecher muss dringend reduziert werden

Das Land bezahlt den Preis einer dauerhaften Unterfinanzierung der Hochschulen aber auch mit einer viel zu hohen Zahl an Studienabbrechern. Nur 67,7 Prozent schafften innerhalb von acht Jahren einen ersten Hochschulabschluss. Damit belegt Mecklenburg-Vorpommern den vorletzten Platz im Vergleich der Bundesländer. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 76,9 Prozent. In Bayern und Baden-Württemberg sind es sogar bis zu 83 Prozent der Studierenden, die in dieser Zeit einen ersten Abschluss schaffen. Während die Zahl der Studierenden gestiegen ist, ist die Zahl der Professorinnen und Professoren gesunken. Gleichzeitig wird ein immer größerer Teil der Lehre über prekäre Beschäftigungsverhältnisse abgedeckt. Nur wer die Probleme angeht, wird auf Dauer die Erfolgsquote der Studierenden verbessern.

Neues Landeshochschulgesetz: Keine Einschnitte bei der Hochschulautonomie

Nicht nur die Finanzierung der Hochschulen ist eine Dauerbaustelle in der Großen Koalition. Noch in diesem Jahr soll das Landeshochschulgesetz überarbeitet werden. Bildungsminister Brodkorb versucht dabei die Autonomie der Hochschulen einzuschränken. Während die Hochschulen bisher ihre Entwicklungspläne selbst erarbeitet haben, will der Bildungsminister die Entwicklungspläne künftig zentral aus Schwerin festlegen. Das wäre ein entschiedener Eingriff in die Hochschulautonomie. Wir fordern den Bildungsminister auf, diese Pläne sofort zurückzuziehen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Landesregierung auf, die Hochschulautonomie zu sichern und die Finanzierung der Hochschulen zu stärken. Hierzu gehören insbesondere:

- die Erhöhung der Grundfinanzierung der Hochschulen und eine jährliche Dynamisierung der Mittel im Umfang der tatsächlichen Kostensteigerungen;
- die Schaffung zusätzlicher, dauerhaft finanzierter, angemessen vergüteter und mit klaren Entwicklungsperspektiven verbundener Stellen aus den BAföG-Mitteln;
- die Senkung der hohen Befristungsquote beim wissenschaftlichen Personal;
- die Bereitstellung zusätzlicher Mittel für eine Profilierung der Hochschulen;
- die stärkere Gewinnung ausländischer Studierender;
- eine bessere Betreuung der Studierenden, u. a. durch eine bessere hochschuldidaktische Qualifizierung der Lehrenden;
- eine intensivere Verknüpfung von fachlicher Berufsausbildung und akademischer Bildung in dualen Studiengängen;
- die Bildung von Kooperationsplattformen für die Nachwuchsförderung zwischen Hochschulen und den weiteren Forschungseinrichtungen;
- keine Einschränkung der Hochschulautonomie durch das neue Landeshochschulgesetz.